

Übergang Schule – Beruf OloV schafft Standards – die Regionen schaffen Qualität

Tagung am 21.02.2008
in der Jahrhunderthalle Höchst, Pfaffenwiese, 65929 Frankfurt am Main

Die Umsetzung der Qualitätsstandards im regionalen Zusammenhang Forum 2: Matching und Vermittlung – Akquise von Ausbildungsplätzen



Podiumsteilnehmer:

- Kay-Henric Engel, B. Braun Melsungen AG
- Andreas Haberl, Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern
- Ulrike Jung, Kreis Offenbach
- Wolfgang Kreher, Hessisches Kultusministerium
- Karl-Heinz Lüke, Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft Frankfurt/M.
- Bianca Michaelis, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen
- Dr. Brigitte Scheuerle, Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern
- Dr. Matthias Schulze-Böing, MainArbeit GmbH, Offenbach
- Monika Wenzel, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Moderation:

- Monika von Brasch, INBAS GmbH

Vorstellungsrunde

Frau von Brasch lud das Publikum zu einem Dialog mit den Podiumsteilnehmenden ein. Sie berichtete, sie sei in der Pause gefragt worden, wie die von Herrn Engel vorgestellte regionale Initiative KRASS mit OloV zusammenhänge. Sie bat Herrn Engel zu erläutern, ob diese Initiative für sich stehe oder ob es Anknüpfungspunkte zu OloV gebe.

- **Herr Engel** versicherte, dass die Initiative an OloV anknüpfen solle, nur habe man nicht so lange warten wollen. Die Schritte, die man angegangen sei, seien jetzt notwendig gewesen. Man wolle sie aber zukünftig in den OloV-Prozess einbinden.



*v.l.n.r.: Andreas Haberl,
Ulrike Jung, Wolfgang
Kreher, Karl-Heinz Lüke*

Frau von Brasch sprach den drohenden Fachkräftemangel an und forderte Herrn Haberl und Frau Dr. Scheuerle auf zu erläutern, wo sich dieser am massivsten abzeichne und was man tun müsse, auch im Zusammenhang mit den OloV-Standards.

- **Herr Haberl** führte aus, dass hier zwei Qualitätsstandards betroffen seien: einerseits das Thema Berufsorientierung und andererseits die passgenaue Vermittlung in Ausbildung. Das Handwerk in Hessen habe mit 9 % die höchste Ausbildungsquote. Trotzdem zeichne sich auch dort ein Fachkräftemangel ab, besonders bei den Meistern, Gesellen und Technikern. Deshalb sei es sehr wichtig, dass erst die Berufsorientierung gut greife und dann zielgerichtet in Betriebe vermittelt werde, um Frustrationen und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.
- **Frau Dr. Scheuerle** berichtete von durchgeführten Umfragen, aus denen ersichtlich geworden sei, dass der Fachkräftemangel nicht nur bei Ingenieuren drohe, sondern auch bei Industriemechanikern. Im Rhein-Main-Gebiet fehlten sogar schon kaufmännische Arbeitskräfte, allen voran in der Logistik, in Verkehrs- und Lagerberufen. Sie habe in diesem Zusammenhang einen Wunsch an OloV: Sie sollten sich auch mit der Frage beschäftigen, welche Potenziale noch zu heben seien. Denn selbst wenn alle Schulabgänger durch verschiedene Maßnahmen recht gut qualifiziert würden, reiche dies nicht aus. In 20 Jahren werde es einen Fachkräftemangel geben, deshalb müssten insbesondere auch ungelernte und angelehrte Arbeitskräfte weiterqualifiziert werden. Als langfristige Vision sollten sich die OloV-Partner mit hierfür geeigneten Instrumenten auseinandersetzen.

Frau von Brasch sprach Frau Jung an und bat sie, ihre Erfahrungen mit der Kooperation zwischen der Stadt Offenbach, der IHK und der Handwerkskammer zu schildern. Diese Vereinbarung sei übrigens unter Moderation von OloV zustande gekommen.

- **Frau Jung** berichtete, dass im Rahmen von OloV gemeinsam mit den Partnern Standards der Vermittlung erarbeitet worden seien. Es sei darum gegangen, dem Problem entgegenzuwirken, dass es im Herbst immer sowohl offene Ausbildungsstellen als auch unversorgte Bewerber/innen gebe. Ziel sei es gewesen, eine transparente Struktur zu schaffen und den Betrieben konkrete Jugendliche anbieten zu können. Dazu werde mit einer Excel-Liste, der so genannten OloV-Liste, gearbeitet. Die IHK Offenbach schicke diese Liste, die aktuelle offene Ausbildungsstellen enthalte, alle drei bis vier Wochen an die Vermittlungsinstitutionen, d. h. die Arbeitsagentur Offenbach, die MainArbeit und die ProArbeit. Dort würden dann entsprechende Bewerber/innen gesucht und den Betrieben vorgestellt.

Des Weiteren sprach Frau Jung das Projekt STARegio an, bei dem es um die Akquise von zusätzlichen Ausbildungsstellen gehe. Auch hier werde mit vielen Partnern zusammengearbeitet, zum Beispiel auch mit Bildungsträgern, Schulen und der kommunalen Jugendarbeit. Das Instrument der Vermittlungsstandards sei auch für dieses Projekt übernommen worden, d. h. die Jugendlichen würden bei ihrer Ausbildungsplatzsuche begleitet und die Betriebe bekämen mögliche Bewerber/innen gezielt vorgestellt. Dieses Instrument habe mehr Transparenz bezüglich der offenen Ausbildungsstellen geschaffen, und in der Region seien zusätzliche Stellen besetzt worden.

Die im regionalen Zusammenhang erarbeiteten OloV-Standards flossen also auch schon in andere Zusammenhänge ein, was sehr wünschenswert sei, bemerkte **Frau von Brasch**. Sie wandte sich dann an Herrn Kreher vom Referat berufliche Schulen des hessischen Kultusministeriums und betonte, dass am Vormittag der dringende Appell geäußert worden sei, die



beruflichen Schulen müssten auch bei der Umsetzung der OloV-Standards eingebunden werden. Sie fragte ihn, was denn aus seiner Sicht im Bezug auf die OloV-Standards am dringendsten getan werden müsse in der Arbeit der beruflichen Schulen.

Kay-Henric Engel
B. Braun Melsungen AG

- **Herr Kreher** strich die Bedeutung der Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen heraus. Die Umsetzung von OloV sei ohne Beteiligung aller Akteure, die an der Berufsorientierung von Jugendlichen mitwirken, nicht möglich. Die beruflichen Schulen hätten besondere Kompetenzen im Bereich betrieblicher und schulischer Praktika, die allgemein bildenden Schulen wiederum in Fördermaßnahmen für Deutsch und Mathematik. Sie müssten zusammenarbeiten.

Herr Kreher führte weiter aus, dass diese Bemühungen in weiten Teilen Hessens schon sehr deutlich zu spüren seien. Die Schülerzahlen in den berufsorientierenden Lehrgängen und Schulformen, wie z. B. im BGJ und BVJ, seien beträchtlich gesunken. Dies sei ein klares Kompliment an die Hauptschulen, denen es gelungen sei, so viel mehr Schüler/innen zur Ausbildungsreife zu bringen.

- Zur Kooperation zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen warf **Frau B.** aus einer Berufsschule in Offenbach ein, dass dies in der Stadt Offenbach schon seit fünf Jahren aufgebaut worden sei und nun in OloV integriert werde. Trotzdem fehlten ihr die beruflichen Schulen im Gesamtprojekt, sie müssten stärker einbezogen werden.

Dann knüpfte **Frau B.** an Herrn Krehers Angabe an, dass die Anzahl der BGJ-Schüler zurückgegangen sei. Das sei korrekt, das könne sie auch von ihrer Schule bestätigen. Allerdings sei dafür die Zahl der BFS-Schüler stark gestiegen, die BGJ-Schüler seien also in die BFS-Klassen „übergewandert“. Damit sei das Problem für sie noch nicht gelöst. In Offenbach sei man schon auf dem richtigen Weg, es müsse aber noch einiges getan werden, und für die beruflichen Schulen wäre sie dankbar, wenn sie Unterstützung von Seiten des Kultusministeriums bekommen könnten.

- Man sollte solche Probleme auf den Tisch von OloV legen, sagte **Frau Dr. Scheuerle**. Dann könnte man die Schülerströme analysieren und überlegen, ob die Tatsache, dass viele Schüler auf die Berufsfachschule gehen, vielleicht etwas mit fehlender Berufsorientierung zu tun habe. Sie sehe die berufsbildenden Schulen überhaupt nicht ausgegrenzt.
- **Herr Kreher** bestätigte, dass die beruflichen Schulen bei OloV zur Berufsorientierung gehören würden. Er erweiterte seine Aussage bezüglich der Schülerzahlen dahingehend, dass es landesweit eine starke Abnahme bei den BGJ-Schülern und nur eine leichte Zunahme bei den Berufsfachschulen gegeben habe. Wenn die Anzahl der BFS-Klassen in Offenbach so stark gestiegen sei, müsse sie anderswo gefallen sein.

Frau von Brasch leitete hier zu Herrn Lücke über, der als Vertreter des Bildungswerks der hessischen Wirtschaft an der Tagung teilnahm. Dieser Bildungsträger sei stark im Bereich der Berufsvorbereitung tätig, wo Jugendliche einmündeten, die erst einmal keinen Ausbildungsplatz gefunden hätten. Deshalb würde dort vieles von dem, wofür OloV stünde, schon angewendet. Die Frage an Herrn Lücke war, ob es dennoch einen Ansatz gebe, der OloV für ihn interessant mache.

- **Herr Lücke** bestätigte, dass die vorgestellten Qualitätsstandards in der Berufsvorbereitung bereits üblich seien. Für ihn stelle sich die Frage, ob man Teile des Berufsvorbereitungs-Programms nicht in die Hauptschule verlagern könne. Die Ressourcen, die Struktur und das Personal seien da. Die vorhandenen, von der Agentur für Arbeit finanzierten Bildungsbegleiter sollten seiner Meinung nach in der Hauptschule eingesetzt werden.
- Viele der OloV-Standards seien auch in den Häusern der Bundesagentur für Arbeit schon umgesetzt, sagte **Frau Michaelis**, denn der Nutzen solcher Standards sei der für die Jugendlichen und für die Arbeitgeber. Es ginge bei OloV nicht allein darum, dass Institutionen messbar arbeiten, sondern das Ergebnis müsse immer im Mittelpunkt stehen.
- **Frau Dr. Scheuerle** widersprach und argumentierte, dass hier unterschiedliche Interessen aufeinanderträfen: das Interesse, die jungen Menschen unterzubringen, und das Interesse von Arbeitsagenturen und Kommunen, die sehr viel Geld in Jugendhilfe und Schulen investierten. Das Ganze habe auch einen ökonomischen, volkswirtschaftlichen Aspekt. OloV solle auch zu einer bestmöglichen Investition des vorhandenen Geldes führen.

Frau von Brasch bat Herrn Dr. Schulze-Böing zu erläutern, worauf es bei der Vermittlung von Jugendlichen aus dem SGB II-Bereich am meisten ankomme.



*Dr. Matthias Schulze-Böing
MainArbeit GmbH
Offenbach*

- Es sei schon gesagt worden, dass es im Prinzip darauf ankomme, dass die Vermittlung passgenau sei, antwortete **Herr Dr. Schulze-Böing**. OloV sei in Offenbach als einer „Pionierregion“ entstanden, um den Ausbildungsmarkt effizienter zu gestalten, um Fehlvermittlungen zu reduzieren, um das gesamte Potenzial des Marktes auszuschöpfen. Das Wichtigste sei gewesen, zu Verfahren zu kommen, die die Betriebe in die Lage versetzten, ihre Ausbildungsstellen effektiv anzubieten. Kleine Handwerksbetriebe bekämen sonst viel zu viele ungeeignete Angebote, die sie ohne Personalabteilung nicht bearbeiten könnten. Gerade in diesen Betrieben lägen aber die Potenziale für die eher benachteiligten Jugendlichen, und OloV sei deshalb insbesondere eine Initiative, um dieses Marktsegment besser zu erschließen. Das funktioniere bereits sehr gut. Als weiteren Punkt nannte Herr Dr. Schulze-Böing, dass jetzt die zusätzlichen Potenziale erschlossen werden müssten, noch bevor jemand zur ARGE komme und schon marktbenachteiligt sei. Hier sei besonders die Schule gefordert, präventiv mehr zu tun, damit möglichst wenige Problemfälle überhaupt erst entstünden. In der Stadt Offenbach versuche man schon seit einiger Zeit, mit den Schulen verknüpfte Berufsorientierung durchzuführen, aber dies müsse noch viel mehr strukturell verankert werden.
- **Jürgen Thielmann** vom Staatlichen Schulamt fragte Herrn Dr. Schulze-Böing, was er von den Schulen erwarte: die Schule, Reparaturbetrieb der Nation, wo alles gerichtet werden könne?
- Ihm ginge es genau darum, die Reparatur zu vermeiden, antwortete **Herr Dr. Schulze-Böing**. Schule sei eher der Konstruktionsbetrieb der Nation. Natürlich könne die Schule nicht alles alleine leisten, die Familie und das soziale Umfeld der Jugendlichen müssten in den Prozess der Berufsorientierung miteinbezogen werden. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler müssten über die Berufswelt informiert und an sie herangeführt werden, sondern auch die Familie müsse die Spielregeln und die Vor- und Nachteile bestimmter Berufswege kennen, um den Orientierungsprozess unterstützen zu können. Es sei ein ganzes System, das es zu aktivieren gelte, aber nicht als Reparaturbetrieb, sondern als Konstruktionswerkstatt. So sei die Schule richtig adressiert, aber es würden noch nicht alle Chancen für die Gesellschaft und die Wirtschaft in der Schule genutzt.

Frau von Brasch bemerkte, dass auf den Bereich der Berufsorientierung und Förderung der Ausbildungsreife nicht von ungefähr die meisten Standards entfielen. Sie fragte Frau Wenzel, welche Vision sie sich für OloV Ende 2009 wünsche.

- **Frau Wenzel** berichtete, dass sie kürzlich beim Arbeitskreis „Berufliche Bildung“ mit allen 16 Länderkollegen aus den Wirtschaftsministerien gewesen sei und dort OloV vorgestellt habe. Die einhellige Reaktion sei gewesen: „Wenn wir nur so weit wären! Das ist bei uns undenkbar.“ Sie habe geantwortet, dass man in Hessen vor zwei oder drei Jahren auch noch nicht geglaubt habe, dass jetzt solche Säle gefüllt würden und dass sich alle Regionen auf diesen Weg begäben. Aus dieser Erfahrung speise sich auch ihr Wunsch für 2009: Sie wünsche sich, dass alle Regionen ihre Erfahrungen sammeln würden und dass das Zusammenarbeiten wirklich gelebt werde. Sie habe in der Pause gehört, das wäre ja alles nichts Neues. Man wolle aber auch nichts Neues auf-bauen, sondern man wolle das, was schon getan werde, jetzt abgestimmt, effizient, in Kooperation, transparent und optimal umsetzen. Und wenn dies in den nächsten zwei Jahren gelänge, dann sei man ein extremes Stück weiter in Hessen.



*Monika Wenzel, Hessisches
Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung*

Anschließend erklärte **Frau Wenzel**, dass OloV nicht nur für die Benachteiligten wichtig sei, sondern für alle Jugendliche. Wenn die akuten Probleme des Arbeitsmarktes hoffentlich bis Ende 2009 gelöst seien, dann bräuchte man die Zusammenarbeit, die OloV fördern wolle, weiterhin, um Jugendliche und Firmen passgenau zueinander zubringen.

- **Frau Wenzel** sagte, sie wünsche sich des Weiteren, dass es gelingen möge, ein Projekt, das gerade in Vorbereitung sei, im Sommer 2008 zum Leben zu erwecken. Dieses Projekt nenne sich „Netzwerk Servicestelle“. Mit dieser Einrichtung wolle man erstens allen Netzwerken im Bereich Bildung in Hessen Angebote zu Schulungen, Kursen, Moderation und professioneller Unterstützung machen. Zweitens wolle man dafür sorgen, dass alle hessischen Netzwerke transparent in einer Datenbank zu finden seien und so noch besser voneinander profitieren könnten.

Letztlich wünsche sie sich, führte **Frau Wenzel** aus, dass Ende 2009 die Landesregierung und die Paktpartner die Erkenntnis gewonnen hätten, wie es in Hessen weitergehen solle, welches dauerhaft der richtige Weg sei. Und dass man diesen Weg dann auch ganz bestimmt gemeinsam gehen werde.

Frau Wenzel habe etwas ganz Wichtiges angesprochen, sagte **Frau von Brasch**, nämlich dass die OloV-Qualitätsstandards 2009 nicht in der Versenkung verschwinden sollten, sondern dass OloV auf Nachhaltigkeit ziele und dass die Prozesse weiterwirken sollten, auch wenn es OloV eines Tages nicht mehr geben werde.

Themenbereich Statistiken

- **Herr Lüke** berichtete von einem Projekt im Main-Taunus-Kreis, das Berufsorientierung für Schüler/innen ab der 7. Klasse anbiete. Ihm sei dabei aufgefallen, dass es keine klaren Zahlen gebe, wo die Abgänger einmünden würden, ob in die Berufsfachschulen, BGJ, BVJ, Berufsorientierung oder vielleicht auch in die Ausbildung. Das müsse auch ein Schwerpunkt in den OloV-Regionen sein, solche Zahlen zu erfassen, um dann gezielt Maßnahmen ergreifen zu können.
- **Frau Wenzel** merkte an, dass das Institut der deutschen Wirtschaft dabei sei, einen Prototyp für eine ganz neue Statistikform, die so genannte integrierte Ausbildungsstatistik, zu entwickeln. Diese neue Variante der Statistik würde die bestehenden Statistiken zusammenführen und einen regionalen Überblick über die einzelnen Verläufe und Einmündungen geben. In einem halben Jahr werde man wissen, ob es gelänge, diese Statistik für ganz Deutschland einzuführen.



Ansonsten würde man sich in Hessen verständigen, wie man in Zukunft bessere Daten zur Verfügung stellen könne. Es sei wichtig, dass die Regionen solche Daten kennen, aber es sei zu viel verlangt, dass jede OloV-Region ein eigenes Statistikreferat eröffne.

v.l.n.r.: Monika von Brasch, Bianca Michaelis, Dr. Brigitte Scheuerle, Dr. Matthias Schulze-Böing

- **Frau Dr. Scheuerle** unterstrich die Position von Herrn Lüke. Die IHKs arbeiteten intensiv an dem Projekt zur gemeinsamen Statistik auf Bundesebene mit, aber auch OloV sollte wissen, wie die Schülerströme verliefen, wie viele Schüler aus allgemeinbildenden Schulen wohin einmündeten. Die IHKs könnten hier Datenmaterial einbringen, aber auch gute Lehrer wüssten, wie hoch der Anteil ihrer abgehenden Schüler sei, die direkt in Ausbildung kommen oder die leider über einen Umweg in Berufsvorbereitung münden. Aus Gesprächen im Vorfeld zu OloV wisse sie, dass die Verantwortlichen in den Kommunen gerne wüssten, wie sich das in Jugendhilfe investierte Geld auswirke. Zahlenmaterial sei absolut wichtig.
- Auch **Herr Dr. Schulze-Böing** stimmte zu, dass es sehr schwer sei, verlässliche, aussagekräftige Zahlen zusammenzutragen. Die Stadt Offenbach bemühe sich zu evaluieren, was einzelnen Maßnahmen helfen würde und wohin die Verläufe gingen. Allerdings habe er manchmal den Eindruck, dass sich nicht alle Akteure bewusst seien, dass es wichtig wäre, die Daten auf den Tisch zu legen und miteinander zu verknüpfen. Da sei man fast im Blindflug. Man brauche für den Bereich Schule/Beruf ein lokales Berichtssystem, das die Problemlage verdeutlichen würde um zu beurteilen, welche Maßnahmen auf kurzem Weg zum Ziel führten und welche vielleicht eher auf Abwege. An diesem Punkt müsste die Landesregierung zusammen mit den anderen Akteuren noch mal viel investieren.
- Um auch mal ein ermutigendes Beispiel zu nennen, ging **Herr Kreher** auf eine Rahmenvereinbarung des hessischen Kultusministeriums mit der Bundesagentur für Arbeit ein, die als Entwurf bereits fertig sei und später auch auf die ganze Bundesrepublik ausgeweitet werden solle. Hier ginge es um die Verknüpfung einer Schülerstatistik des hessi-

schen Kultusministeriums mit der LUSD. Nach Umsetzung, werde sie darüber Auskunft geben können, welche Ausbildungschancen und Verbleibe Jugendliche in einer Region haben, wenn sie eine Hauptschule, integrierte Gesamtschule usw. verlassen. Es gebe natürlich auch Vorbehalte im Zusammenhang mit dem „gläsernen Menschen“ und man müsse sehen, wie die Datenschützer reagierten.



Rund 500 Teilnehmer nahmen an der Tagung teil

- **Herr R.**, Schulleiter einer beruflichen Schule, hielt dagegen, er glaube nicht, dass es erforderlich sei, schon wieder ein neues Statistikmodell aufzusetzen, dies würde keine neuen Erkenntnisse liefern, und bekam dafür Applaus aus dem Publikum. Er glaube aber schon, fuhr er fort, dass das, was von unterschiedlichen Personen und auch von Herrn Dr. Schulze-Böing gesagt worden sei, sehr wichtig sei, aber auf einer anderen, einer personenbezogenen Ebene. Es wäre sinnvoll zu wissen, was aus einzelnen Absolventen geworden sei. Dazu brauche es aber Ressourcen, die über den aktuellen Bestand hinausgingen. Das würde wirklich helfen, denn dann könnte man auch personenbezogen reagieren.
- **Herr S.**, Lehrer an einer kooperativen Gesamtschule, lobte den Berufswahlpass. Das sei doch eine gute bestehende Möglichkeit, den schulischen Werdegang und die Ausbildung der Jugendlichen nachzuvollziehen. Der Berufswahlpass hätte ja eigentlich schon flächendeckend eingeführt sein sollen, vielleicht könne man das noch weiter vorantreiben.
- **Frau Wenzel** erklärte, dass sie vielleicht falsch verstanden wurde. Sie sei eine große Verfechterin davon, dass die Regionen Daten bräuchten, und zwar genau die, die Herr Lüke und andere angeführt hätten. Dennoch sei sie der Meinung, dass es sinnvoll wäre, wenn das Land Hessen den Regionen in Zukunft diese Daten liefern würde anstatt dass jede Region selbstständig darin Ressourcen binden müsse.
- **Herr O.** von der Agentur für Arbeit in Gießen warnte, dass das Thema Statistik drohe, einen zu hohen Stellenwert in der Debatte einzunehmen. Man solle aber auf jeden Fall die vorhandene Statistik der Bundesagentur für Arbeit, die Verläufe und Strukturen abbilde, in die Überlegungen mit einbeziehen.

Zum anderen, fuhr **Herr O.** fort, ginge es in der Diskussion immer wieder um Transparenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt und regionale Datenbanken, die zweifellos hilfreich seien, aber VerBIS, das System der Bundesagentur für Arbeit, sollte dabei nicht

vergessen werden. Hier seien bundesweit sämtliche Ausbildungsstellen sehr differenziert abrufbar. Er appellierte an alle Arbeitgeber, ihre Stellen auf jeden Fall der Agentur für Arbeit zu melden, um eine größtmögliche Transparenz über ganz Deutschland hinweg zu schaffen.

Themenbereich Berufsorientierung

- **Herr S.** äußerte sich zum Thema SchuB-Klassen und Kooperation mit Berufsschulen. Er sagte, dass die SchuB-Klassen sich sehr gut bewährt hätten. Die Hauptschulen hätten dafür reichlich Ressourcen bekommen, sie hätten ihre Abbrecherquote verringern können, und die Zahl der Ausbildungsplätze sei auch gestiegen. Allerdings sei SchuB kein geschlossenes Konzept. Man sei im Moment dabei, ein berufsorientierendes Konzept in der Realschule aufzubauen, und irgendwann müsse die Berufsorientierung auch die Gymnasiasten erreichen. Man würde auch sehr gerne mehr mit Berufsschulen kooperieren, aber leider hätten die Berufsschulen keine zusätzlichen Mittel bekommen. Sie seien zwar gut mit Werkstätten ausgestattet, aber die Klassen seien dort größer als die SchuB-Klassen und es fehle den Lehrern an Zeit.
- Es komme ihm darauf an, sagte **Herr Kreher**, dass der Schüler im Fokus stehe. Dieser Schüler müsse ausbildungsfähig gemacht werden, und das gelte nicht nur für den Hauptschüler, sondern mindestens genauso für den Gymnasiasten. Er sehe es als sehr problematisch an, dass eine ganze Reihe von Hochschulabbrechern im deutschen System ohne Abschluss dastehe, während sie in anderen Ländern in einer solchen Situation trotzdem Kenntnispunkte erworben hätten. Den Schüler in den Mittelpunkt stellen, bedeute, dass er ab der 7. Klasse kontinuierlich Berufsorientierung angeboten bekomme. Hessen sei auf dem richtigen Weg mit Berufsorientierungsmaßnahmen, SchuB-Klassen, Praxistagen etc. Außerdem sei die Quote derjenigen, die nicht zumindest den Hauptschulabschluss bestehen würden, drastisch gesenkt worden und sei inzwischen halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wenn dieser Schüler dann also zukunftsfähig in die Ausbildung gehe und auch entsprechende Weiterqualifikationen erhalte, dann habe die Bundesrepublik eine Chance im internationalen Vergleich.
- **Herr Engel** nahm die Position des „Endabnehmers“ ein, der die jungen Leute einstellen solle. Er habe festgestellt, dass das Bewusstsein dafür, was einen bestimmten Beruf ausmacht, abnehme. Die wenigsten Bewerber hätten klare Zielvorstellungen. Deshalb biete der Schulpilot im Schwalm-Eder-Kreis und in der Region Waldeck-Frankenberg kontinuierliche, individuelle Begleitung ab der 7. Klasse an. Auch bei den Noten sei es wichtig, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen, sie zu begleiten und zu fördern. Es dürfe nicht passieren, dass jemand außen vor stehe, weil er nur eine Drei oder Vier in Mathematik habe, der Betrieb aber eine Zwei verlange. Über das Projekt Perspektive Plus habe man gute Erfahrungswerte, dass es jungen Leuten leichter falle zu lernen, wenn man sie früh erreiche und sie wüssten, warum sie etwas lernen sollten. Vor diesem Hintergrund, dass man nicht mehr warten könne, bis die Jugendlichen kämen, die man sich wünsche, weil es die nicht mehr gebe, habe man es sich zur Aufgabe gemacht, die Jugendlichen früh in die richtige Richtung zu lenken.



Zahlreiche Wortbeiträge aus dem Publikum bereicherten die Tauna

- **Herr D.** von der Arbeitsagentur Fulda ging darauf ein, dass stark artikuliert worden sei, man müsse mit der Berufsorientierung früher anfangen. Das sei richtig, aber man dürfe die Allgemeinbildung dabei nicht außer acht lassen. Oftmals sei es nicht nur die unklare Vorstellung vom Beruf, sondern es fehlten den Mädchen und Jungen die Kenntnisse, um Einstellungstests zu bestehen. Hier sehe er auch eine ganz wichtige Aufgabe.

Themenbereich Ressourcen

- **Frau A.** von einer großen Kreisberufsschule, erzählte, dass sie seit einem halben Jahr eine Abteilungsleiterstelle mit ganz neuem Profil habe. Neben ihren 20 Unterrichtsstunden kümmere sie sich um Übergangsmanagement, Fortbildungsplanung und Gewaltprävention. Sie forderte mehr personelle Ressourcen für die kontinuierliche Begleitung von Jugendlichen. Sie fragte, wann die 40 Lehrerstellen, die Frau Wolff am Morgen erwähnt hatte, auch in die beruflichen Schulen kämen. Außerdem suche sie nach Mitteln und Wegen, ihren Arbeitscoach, der hervorragende Arbeit geleistet habe, zu behalten und einen Sozialarbeiter einzustellen. Auch für die Statistikerfassung benötige man mehr Personal, in den Partnerschulen. In Wisconsin zum Beispiel seien dafür mehrere Personen angestellt. Wenn man etwas für Bildung und für die Jugendlichen erreichen wolle, müsse man auch investieren Sie bat das Kultusministerium um Unterstützung.
- **Herr Kreher** erklärte sich bereit, diese Wünsche aufzunehmen und weiterzutransportieren, entgegnete dann aber, dass die Georg-Kerschensteiner-Schule als SVplus-Schule Kapazitäten habe, über die sie eigenverantwortlich entscheiden könne. Die Schule habe etwa 5 % ihrer Personalmittel zur freien Verfügung und könne sich ihr Personal selbst zusammenstellen. Dies sei der Weg, über den die beruflichen Schulen weiterentwickelt werden sollten, und eventuell würden die allgemein bildenden Schulen dann folgen. Verhältnisse wie in Wisconsin werde man in Hessen nie erreichen, aber das würden sich die Schulen auch nicht wünschen, denn zu der vollkommenen Entscheidungsfreiheit in Personalfragen gehöre auch das eigenständige Einwerben von Mitteln. Er halte sehr viel davon, additives Personal einzustellen, und die Schulen könnten ihre eigenen Prioritäten setzen, aber alles sei sicherlich nicht finanzierbar. Das Projekt „Erfahrung hat Zukunft“, das die Einstellung eines Arbeitscoachs ermöglicht, sei übrigens bis 2011 verlängert worden. Das sei dann erstmal das Ende des Pilotprojekts „selbstverantwortliche Schulen“ und er hoffe, dass die Erfahrungen daraus dann in den Regelbetrieb überführt werden könnten.
- **Frau Dr. Scheuerle** äußerte sich noch einmal zur Philosophie von OloV und zu den Ressourcen. Man habe berechnete Interessen, nach mehr Unterstützung zu fragen, und das solle man auf lokaler Ebene tun, wenn die Partner am Tisch sitzen, die alle in unterschiedlichen Weisen über Ressourcen verfügten. Es wäre schön, wenn manche Ressourcen, die heutzutage erst später in die Berufsvorbereitung investiert würden, umgeschichtet werden könnten. Zum Beispiel habe man im Main-Taunus-Kreis dem Landrat vorgerechnet, dass sich die Einrichtung von zwei Stellen für die Berufsvorbereitung im Vergleich zu den ohne sie entstehenden Kosten lohnen würde, und diese Stellen seien dann tatsächlich auch geschaffen worden. Auf solche Lösungen müsse man eben kommen, aber das sei nur vor Ort möglich, ausgerichtet auf den dort vorhandenen Bedarf.

An dieser Stelle erinnerte **Frau von Brasch** daran, dass es die Möglichkeit gebe, über OloV bestimmte Sachkosten abzudecken. Aber es sei natürlich auch immer eine Frage des Engagements, die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen. Allerdings seien manche Förderpro-

gramme vielleicht auch noch gar nicht bekannt. Dies sei also auch eine Aufforderung an das Publikum, Frau Wenzel nach Möglichkeiten für weiterführende Projekte zu fragen.

- **Frau Wenzel** erklärte daraufhin, dass es mit Einzelprojekten immer das Problem gebe, dass man, wenn man keine Rückmeldungen erhalte, sich schwertue, am Ende zu entscheiden, wie es weitergehen solle. Deshalb bat sie, Erkenntnisse aus der OloV-Arbeit aufzuschreiben und an sie zurückzuspiegeln. Denn nur, wenn aus mehreren Regionen ein dauerhafter Bedarf erkennbar werde, könne man Entscheidungen über neu zu finanzierende Strukturen für ganz Hessen treffen. Es sei nun nicht so, dass alles immer nur mit zusätzlichen Mitteln funktioniere, sie habe ein großes Faible für das Beispiel von Frau Dr. Scheuerle. Es sei ein wesentliches Element von OloV, daß man ergründen müsse, wie man durch Umstrukturierung der Ressourcen und durch Zusammenarbeit Mittel für andere Aufgaben freisetzen könne. Sie bitte sehr, daran zu arbeiten, aber auch mitzuteilen, wo man damit an die Grenzen stoße.

Solche Rückmeldungen würden spätestens in den ersten Berichten der regionalen Koordinatoren abgefragt, warf **Frau von Brasch** ein. Dabei solle es nicht nur um Erfolgsmeldungen, sondern auch um Probleme gehen und welche Unterstützung noch benötigt würde.

- **Herr Dr. Schulze-Böing** bestärkte auch noch einmal, dass es nicht um noch mehr Geld gehen könne, denn es sei ungeheuer viel Geld im System, sondern dass es um eine Optimierung auch der Ressourcen gehen müsse. In der Kommune habe man immer das Problem, dass alle Seiten – Kultusministerium, Wirtschaftsministerium, Bundesagentur, ESF – Programme auflegten mit ganz eigenen Ansätzen und unterschiedlichen Fristen. Diese müsse man dann so kombinieren, als sei es ein Budget. In Offenbach habe man zum Beispiel das Programm „vertiefte Berufsorientierung“ der Bundesagentur mit Ressourcen des Staatlichen Schulamts, der IHK und mit kommunalen Ressourcen verbunden. Der Endnutzer bekomme dann eine bessere Dienstleistung, ohne notwendigerweise zu erkennen, welches Markenzeichen das Programm trage. Das funktioniere sehr gut, sei aber nur mit viel Kreativität zu verwirklichen. Man müsse wegkommen von diesen flankierenden Projekten hin zu einer wirklich nachhaltigen Systemoptimierung. Irgendwann müsse im System Schule, mit dem Co-System Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Arbeitsförderung, eine neue Qualität geschaffen werden, die von selbst laufen kann.
- **Herr O.** brachte zwei ergänzende Bemerkungen zum Thema Geld an: Zum einen würde er jedem empfehlen, sich im Netz unter dem Stichwort „Qualifizierungsoffensive“ darüber zu orientieren, was an neuen Möglichkeiten durch die aktuelle Gesetzgebung hinzukomme. Zum anderen sei es wichtig, dass lokale Initiativen rechtzeitig mit Kooperationsideen an die Agentur für Arbeit herantreten, und zwar im August/September des Vorjahres. Zu diesem Zeitpunkt würden die Mittel der Agentur verplant, und danach sei nichts mehr zu machen.

Frau von Brasch merkte an, das das Bundesprogramm zum Thema Ausbildungsbonus in Hessen OloV nicht ersetzen könne. Man solle sich untereinander verständigen, wie unterschiedliche Programme ineinandergreifen könnten, zum Beispiel bei der Akquise von Ausbildungsplätzen. Dies sei ein Aufruf zur Öffentlichkeitsarbeit an die regionalen Akteure, kein einfaches Feld, aber eines, das zu beackern wichtig sei.

- **Frau Wenzel** steuerte als Ergänzung bei, das sich hinter dem Ausbildungsbonus nichts verberge als das, was es in Hessen seit Jahren schon unter dem Namen Altbewerberprogramm gebe, und sie empfehle auch, damit weiterzuarbeiten.

Themenbereich Regionale Koordinatorinnen und Koordinatoren

Anschließend fragte Frau von Brasch, ob im Publikum jemand aus einer Region sitze, in der schon regionale Zielvereinbarungen getroffen oder regionale Koordinatoren ernannt worden seien. Elf Regionen hätten ja schon Koordinatoren ernannt. Sie bat, den Prozess zu schildern, vor allem auch für diejenigen, die noch dabei seien.

- **Herr D.** berichtete, dass zwei Koordinatoren benannt worden seien, einmal auf der Ebene der Stadt Fulda und einmal auf der Kreisebene. Man wolle die Dinge bewusst zusammenführen. Gegenwärtig sei man dabei, die operativen Ziele festzuschreiben. Man habe die Erfahrung gemacht, dass selbst versierte Berufsberater bei Zusammenkünften festgestellt hätten, dass es Dinge gebe, die sie nicht kennen. Das gebe es selbst in einer überschaubaren Region, und insofern sei der Prozess lohnend und spannend.

Frau von Brasch erläuterte zu den zwei Regionalen Koordinatoren aus Stadt und Landkreis Fulda, dass es von der Gebietskörperschaft her eigentlich nur einen hätte geben sollen, dass die regionalen Unterschiede aber so groß seien, dass in diesem Fall noch mal getrennt benannt worden sei. Man werde im Arbeitskreis Controlling diskutieren, wie das dann mit der Antragstellung für die Zuschüsse sei.

- Als weiteren Erfahrungsbericht erzählte **Frau Jung**, dass sie am Morgen von ihrem Dezernenten informiert worden sei, dass sie als Koordinatorin vom Kreis Offenbach benannt würde. Man hätte gerade auch schon mit der Arbeitsagentur Offenbach diskutiert, ob man mit der Stadt einen Zusammenschluss bilden solle.
- Als Schlusswort wies **Frau Wenzel** noch einmal darauf hin, wie viele gute Ideen und engagierte Leute und Institutionen es gebe, die wie verrückt arbeiteten. Ihr Appell sei: „Machen Sie es im Sinne von OloV, machen Sie es künftig gemeinsam!“



Auch außerhalb der Foren boten sich den Teilnehmenden vielfältige Möglichkeiten des Informationsaustausches